

Tarpenbek - links

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei
für Eppendorf, Groß Borstel und Alsterdorf

Inhalt:

Mieten S.1
Rassismus S.2
Tarpenbek greens S.3
Wohltätigkeit S.4
Streik bei Neupack S.5
Hindenburgstraße S.6

12. Jg. Nr.41 November 2012 <http://www.dkp-hamburg-nord.de>

Mieten in Hamburg um 23 Prozent gestiegen



4000 Hamburger demonstrieren für einen Stopp des „Mietenwahnsinns“ am 10. November in der Innenstadt

Rund 60 Prozent mehr als ihre Vormieter müssen Hamburgs Bürger bezahlen, wenn sie sich in einer neuen Wohnung einquartieren. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik steigen die Preise so schnell wie hier. Unsere Stadt überholt gerade München als teuerstes Pflaster im ganzen Land. Ungefähr 5400 Hamburger haben keine neue Bleibe gefunden und gleichzeitig ihre alte verloren. Sie sind wohnungslos und müssen in Notunterkünften oder auf der Straße leben – eine Schande für eine solch reiche Stadt wie Hamburg. Denn allein die zehn vermögendsten Familien besitzen 28 Milliarden Euro, das ist mehr als die gesamten Schulden der Hansestadt von 23 Milliarden Euro plus einer Milliarde Euro Zinsen.

Immobilien sind zum beliebten Spekulationsobjekt geworden. Die Mieten in Hamburg steigen nicht nur, weil die Nachfrage zunimmt und das Angebot knapper wird. Die Preise für Grundstücke und Gebäude explodieren

auch, weil in der Güterproduktion mehr Kapital erwirtschaftet wird, als wieder profitabel investiert werden kann. Die Kapitalisten suchen für das überschüssige Kapital neue Anlagen und treiben so die Gebäudepreise in die Höhe. Das wird durch die Kapitalflucht aus den europäischen Krisenländern verstärkt. Eines Tages wird diese Spekulationsblase platzen. Darauf weist - neben den schwindelerregenden Preiserhöhungen - auch der Leerstand von Bürogebäuden hin. Der große Knall wird kommen – nur wann ist ungewiss; und auch, ob dann die Mieten ebenfalls fallen.

Denn größter Preistreiber auf dem Hamburger Wohnungsmarkt ist und bleibt das Unterangebot an bezahlbarem Wohnraum. Den 420.000 Haushalten mit Anspruch auf eine Sozialwohnung zu 5,90 Euro pro Quadratmeter stehen nur 100 000 preisgebundene Woh-

nungen und 170.000 weitere auf dem gleichen Preisniveau gegenüber. Aber: SPD- Bausenatorin Jutta Blankau will jährlich nur 1.200 neue Sozialwohnungen genehmigen. Ein Hohn: In diesem Tempo wären erst in 35 Jahren alle berechtigten Haushalte versorgt.. Gleichzeitig fallen aber tausende Wohneinheiten jährlich aus der Preisbindung heraus. So kann die Wohnungsnot in Hamburg nicht effektiv bekämpft werden. Doch mit konsequenten Schritten wäre es sehr wohl möglich, die Wohnungsnot in den Griff zu bekommen. Notwendig wäre dazu aber nicht nur eine Verfünffachung des sozialen Wohnungsbaus, sondern auch die Einführung einer sofortigen Mietobergrenze von maximal zehn Prozent über der Vergleichsmiete. Mittelfristig müsste diese Grenze für alle Wohnungen auf das Niveau von Sozialwohnungen zurückgeführt werden. Dies ist aber nur gegen die Interessen der Immobilienspekulanten und gegen die Parteien in der Bürgerschaft durchsetzbar, die der Wohnungsnot nichts entgegenzusetzen wollen.

Aber der Kampf darum lohnt sich allemal.



DKP Hamburg bei der Mietendemo

Rassismus entgegentreten - Faschismus bekämpfen - Verfassungsschutz auflösen



Am 5. November 2011 wurde die bundesdeutsche Öffentlichkeit über das Treiben eines „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) informiert. Diese Gruppe zog zehn Jahre, und von den Behörden angeblich unbemerkt, mordend und bombenwerfend durch die Republik und tötete zehn Menschen. Dutzende weiterer Menschen wurden durch ein Nagelbomben-Attentat verletzt. Bei den Opfern handelt es sich überwiegend um Menschen türkischer Herkunft. Zu ihnen gehörte auch der Hamburger Süleyman Tasköprü, der am 27. Juni 2001 ermordet wurde.

In einer im November 2012 von Hamburger Migrantenorganisationen

herausgegebenen Pressemitteilung heißt es: „Eine neonazistische Gruppe, die zehn Jahre durch das Land zog und aus rechtsradikalen Motiven Menschen willkürlich tötete, ungehindert von sämtlichen Sicherheitsbehörden, erschüttert uns.“

Wen schützt der Verfassungsschutz?

Ein Sicherheitsapparat, der trotz klarer Anhaltspunkte nicht vermochte, das weitere Morden zu verhindern. Das trifft auf Unverständnis und auf Empörung.

Es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass Akten vernichtet wurden und Informationen nicht weitergegeben worden sind. Die Hintergründe müssen lückenlos aufgeklärt werden. Das sind die Sicherheitsbehörden den Familien der Mordopfer schuldig.

Es bleibt abzuwarten, ob aus der zweifelhaften Rolle des Verfassungsschutzes und des bedenklichen Einsatzes von Spitzeln in neonazis-

tischen Kreisen ernsthafte, nicht nur kosmetische Konsequenzen gezogen werden.“

Am 3. November 2012 haben wir in der Hamburger Innenstadt demonstriert. „Rassismus entgegentreten – Faschismus bekämpfen – Verfassungsschutz auflösen“ so lauteten unsere Forderungen. Begleitet wurden wir von Wasserwerfern und einem massiven Polizeieinsatz. Das Landesamt für Verfassungsschutz sollte auf diese Weise vor uns geschützt werden. Hat es diesen Schutz verdient? ij



Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend und DKP Hamburg am 3.11.2012



Für eine soziale und gerechte Politik – gegen Kürzen und Kaputtsparen

Bauspielplätze, Jugendzentren, Seniorentreffs, Universitäten und Bezirksamter. Die Liste der Einrichtungen, die von der Rotstift-Politik des Hamburger Senats betroffen sind, ist lang. Viele Einrichtungen stehen vor einer ungewissen Zukunft und müssen ihr Angebot abbauen oder einschränken. Trotz prognostizierter Einnahmenrekorde bleibt der Senat bei seinem unsozialen Kurs. Im Bündnis gegen Rotstift haben sich Wohlfahrts- und Sozialverbände, Gewerkschaften und Dachverbände zusammengeschlossen, um ein deutliches Zeichen gegen die Politik des SPD-Senats zu setzen.

Das Bündnis gegen Rotstift unterstützen

Demonstration gegen Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich Freitag 23.11.

Auftaktkundgebung 14 Uhr: Dag-Hammarskjöld-Platz / Südeingang des Bahnhofs Dammtor (Ausgang in Richtung CCH). Abschlusskundgebung 17 Uhr: Hachmannplatz.

VERDI, GEW, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Verband Kinder- und Jugendarbeit, Sozialverband Deutschland, Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, ATTAC, ...



Tarpenbek greens in der Diskussion

Auch die Groß Borsteler sind für mehr Wohnraum in ihrem Stadtteil.

Aber dieser Wohnraum sollte umweltfreundlich und bezahlbar sein. Wenn dafür Grünflächen verschwinden und mehr Autoverkehr in den Stadtteil

tofreien Wohngebiet aufgegriffen. Man könnte diese Forderung dem Investor zur Aufgabe machen, um die Kosten für das Bauprojekt zu senken und preiswerteren Wohnraum zu schaffen.



Der Hamburger SPD-Senat versprach 1/3 der geplanten Wohnungen sollen Sozialwohnungen sein.

Für Sozialwohnungen im 1. Förderweg beträgt die Einstiegsmiet

kommen soll, sind sie dagegen, wie die Veranstaltung in der Schule im Oktober 2012 gezeigt hat. Deshalb war die überwiegende Mehrheit für einen moderaten Wohnungsbau auf der Bahnfläche am Kellerbleek. D.h. 350 Wohneinheiten sind genug. Eine Fußgänger- und Radfahrbrücke über die Tarpenbek, erhält den Grünzug in unserem Stadtteil und verringert den Autoverkehr und die Kosten für die Brücke. Die Fraktion der Grünen im Bezirksparlament Nord hat unsere Forderung nach einem möglichst au-

5,90 Euro/qm.

Gebaut werden sollen auf dem Bahngelände aber nur 10% als Sozialwohnungen. 42% der Hamburger verdienen so wenig, dass sie Anspruch auf eine geförderte Wohnung hätten. Deshalb ist unsere Forderung mehr Sozialwohnungen, für den Bau am Kellerbleek, einzuplanen. Gebaut werden sollen

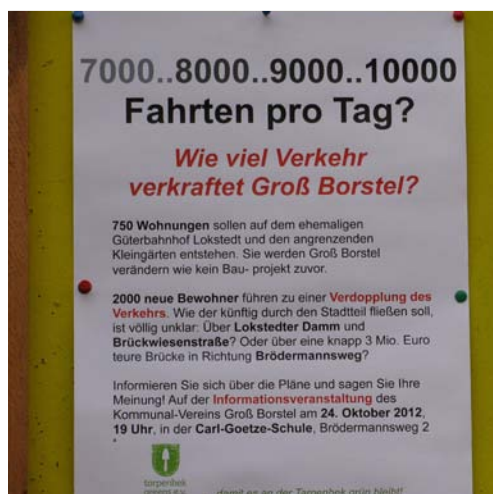
aber hochpreisige Miet- und Eigentumswohnungen.

Wohnraum wird zur Ware gemacht, die dem Mieter steigende Mietkosten und dem Besitzer steigende Gewinne beschert. Wohnraum kann aber keine Ware sein, weil Wohnraum eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben ist.

Um wirklich bezahlbaren Wohnraum sicherzustellen und die Mietpreis-Explosion zu verhindern, bedarf es einer Mietobergrenze – max. 10% über der Vergleichsmiete – damit Spekulation mit Wohnraum verhindert werden kann.

Eine weitere wichtige Forderung an den Bezirk Nord: Sicherstellung in den Verträgen mit dem irischen Investor, dass mit dem Bahngrundstück, durch Umwandlung in Bauland, keine Spekulation betrieben werden kann.

EL



Hinterfragung der Verkehrsanbindung. Die DKP favorisiert einen autofreien Stadtteil, vgl. Tarpenbek-links Nr.39.

Berechtigte Fragen des Vereins „Tarpenbek Greens“ und der Kleingärtner der Bahn-Landwirtschaft

1. Wie kommt es, dass aus einer Fläche, die „sich nicht zum Wohnen eignet“ (SPD: Parteien zur Wahl 2008) innerhalb kurzer Zeit eine „Option für den Bau von mehreren hundert Wohnungen in idealer Lage“ (SPD/FDP-Koalitionsvertrag 2011)*) geworden ist?
2. Warum soll einem irischen Investor, der nach dem Platzen der Immobilienblase in seiner Heimat nach Hamburg kam, etwas gelingen, woran sich seit über 20 Jahren viele andere Unternehmen die Zähne ausgebissen haben: auf dieser Fläche (bezahlbaren) Wohnraum zu schaffen?
3. Wie stellt der Senat sicher, dass der Investor tatsächlich Wohnraum schafft, nachdem der Bezirk aus der minderwertigen Verkehrsfläche hochwertige Wohnbaufläche gemacht und so den Wert der Immobilie vervielfacht hat?
4. Hat der Bezirk durch einen „Städtebaulichen Vertrag“ sichergestellt, dass der Investor sich an die Vereinbarungen hält oder vertraut er ihm blind?
5. Wer übernimmt die Verantwortung, wenn statt Wohnraum, die nächste Spekulations-Brache entsteht?

*) Bezirk Nord



„Umfairteilen“ reicht nicht aus Die Krise heißt Kapitalismus - Die Lösung Sozialismus

Haben Sie schon einmal ihren Chef um einen „fairen Lohn“ gebeten? Wenn ja, hat er sich bestimmt kaputt gelacht und Ihnen gesagt, für soviel Dummheit würde er von nun an nur noch die Hälfte zahlen.

Als über 10 000 Menschen am 29. September das Rathaus und die Börse umzingelten und „Umfairteilen“ skandierten, habe ich nicht mitgerufen. Es herrschte insgesamt viel Unklarheit. Plötzlich tauchten Geldsäcke auf, war aber nichts drin. Mogelpackung (na ja, nur symbolisch). „Weitergeben“ hieß es. Und prompt wanderten sie in Richtung Börse, bis ein Ordner aufklärte, von da sollten sie kommen und zum Rathaus gehen. War aber immer noch nichts drin. Wissen die Organisatoren eigentlich, dass es in Hamburg eine direkte innere Verbindung zwischen Rathaus und Börse gibt. Das gute Geld (war ja nichts drin in den Säcken) im Kreislauf wieder zurück zur Börse fließt?

Und woher stammt das Geld? Sind nicht alle Werte durch die arbeitenden Menschen erst geschaffen? Mit wem soll man das teilen? Mit Parasiten, für die nur die Mehrung ihres Profits gilt? Da lag Tucholsky doch 1929 besser.

Die SPD hat hier ihren Wahlkampf begonnen, als Partei der angeblichen „sozialen Gerechtigkeit“. Wir können uns auf eine Mogelpackung gefasst machen. Aber die Menschen, die da waren, die hatten schon die richtigen Ansprüche. Nehmen wir es von den Reichen.

Im übrigen waren wir Kommunisten auch da, haben aufgeklärt. Und so nah waren die Roten Fahnen und der Rotstern dem Rathaus seit 1919, bis die SPD das Rathaus kampfflos wieder den Pfeffersäcken übergeben hat, nicht mehr. US



Bürgerliche Wohltätigkeit

Sieh! Da steht das Erholungsheim einer Aktiengesellschafts-Gruppe; morgens gibt es Haferschleim und abends Gerstensuppe.

Und die Arbeiter dürfen auch in den Park... Gut. Das ist der Pfennig. Und wo ist die Mark - ?

Sie reichen euch manche Almosen hin unter christlichen frommen Gebeten; sie pflegen die leidende Wöchnerin, denn sie brauchen ja die Proleten.

Sie liefern auch einen Armensarg... Gut. Das ist der Pfennig. Und wo ist die Mark - ?

Die Mark ist tausend- und tausendfach In fremde Taschen geflossen; Die Dividende hat mit viel Krach der Aufsichtsrat beschlossen.

Für euch die Brühe. Für sie das Mark. Für euch der Pfennig. Für sie die Mark.

Proleten!
Fallt nicht auf den Schwindel rein!
Sie schulden euch mehr als sie geben.
Sie schulden euch alles! Die Ländereien, die Bergwerke und die Wollfärbereien... sie schulden euch Glück und Leben.

Nimm, was du kriegst. Aber pfeif auf den Quark.
Denk an deine Klasse! Und die mach stark!
Für dich der Pfennig! Für dich die Mark!
Kämpfe - !

Kurt Tucholsky 1929

Das oberste Hundertstel der Haushalte (1 Prozent) besitzt 25 Prozent des gesamten Volksvermögens, die obersten zehn Prozent können sich mit der Hälfte des deutschen Gesamtvermögens gemütlich einrichten – aber auf 50 Prozent der Menschen in diesem Land entfällt gerade einmal ein einziges Prozent des Gesamtbesitzes.

Bild links: Die Kinder haben mit den symbolischen Geldsäcken, Säckewerfen gespielt und sich köstlich amüsiert. Also: Kinder an die Macht

Seit 1. November unbefristeter Streik bei Neupack in Stellingen

Seit dem 1. November sind die Beschäftigten des Verpackungsmittelherstellers Neupack in den unbefristeten Streik für einen Tarifvertrag getreten.

Das auf die Herstellung von tiefgezogenen Plastikverpackungen spe-

der KollegInnen aus Polen zu Nutze, ihre schmutzigen Methoden durchzusetzen. Es wurden 11 Streikbrecher der Leiharbeitsfirma „work express“ mit Taxis auf das Firmengelände gebracht. Verständlicherweise trübte das

mit Hilfe von Gerichten das Streikrecht beschneiden lassen und zeitgleich externe Streikbrecher einsetzen, wollen sie die streikenden KollegInnen mürbe machen und ihnen die ökonomische Macht im Arbeitskampf nehmen. Die Streikenden in Stellingen reagierten souverän und nutzten die Zeit in der sie die Produktion nicht beeinträchtigen durften, um ihre KollegInnen in Rothenburg/Wümme zu besuchen.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Neupack stehen stellvertretend für viele andere, die von Unternehmen ausgenutzt, gegeneinander ausgespielt und zu niedrigen Löhnen beschäftigt werden. Umso stärker ist das Signal, dass sie jetzt aktiv werden und sich für ihre Interessen einsetzen. Sie ergreifen die Initiative und kämpfen für höhere Löhne und gegen die Spaltung der Belegschaft. Das geht uns alle an! Damit ihr Arbeitskampf erfolgreich wird, sind sie auf eine breite Unterstützung angewiesen. Helfen wir dabei, die Eigentümer in ihre Schranken zu weisen!



zialisierte Unternehmen beschäftigt an beiden Standorten zusammen rund 200 Mitarbeiter. Mehr als die Hälfte hat nach Gewerkschaftsangaben die Arbeit niedergelegt. »Die Produktion ist deutlich eingeschränkt«, erklärte IG-BCE-Sekretär Rajko Pientka

Nach einem entschlossenen Streikbeginn überschlugen sich die Ereignisse. Schon am ersten Streiktag sorgten Konflikte mit KollegInnen, die sich als Streikbrecher hervortaten und sich mit körperlicher Gewalt Zutritt zum Unternehmen verschaffen wollten, für reichlich Zündstoff. Im Werk in Rothenburg/Wümme wurde ein Streikender durch einen Angestellten angefahren. Die Lage spitzt sich von Tag zu Tag zu: Dann setzte der Eigentümer Jens Krüger Streikbrecher einer polnischen Leiharbeitsfirma aus Kattowitz ein. Am folgenden Tag erwirkte die Firma Neupack beim Arbeitsgericht Hamburg, ohne Anhörung der Gewerkschaft, eine einstweilige Verfügung, die das Streikrecht einschränkt.

Mit dem Einsatz von polnischen LeiharbeiterInnen macht sich die Geschäftsführung die prekäre Arbeitssituation und die Abhängigkeit

der Stimmung unter den Streikenden, von einem Abbruch kann aber keine Rede sein. Die KollegInnen überlegen vielmehr, wie sie den Kampf auf andere Weise ausdehnen können. Per einstweiliger Verfügung verbot die Geschäftsleitung den Streikenden den Zugang zum Betrieb. Der Versuch der IG BCE durch Gerichtsbeschluss den Zugang zu erzwingen, scheiterte inzwischen. Wer da an Klassenjustiz denkt, liegt wohl nicht falsch.

Das Ziel der Eigentümerfamilie Krüger liegt auf der Hand: Indem sie

Der ehemalige Vorsitzenden der IG Medien Detlef Hensche fragte in seiner Rede auf der Kundgebung des DGB zum Europäischen Solidaritätstag am 14. November in Hamburg, „...ob nicht die negative Lohnbilanz auf einem Übermaß an Konfliktvermeidung beruht. Meine Feststellung:

Es wird zu wenig gestreikt in diesem Lande“.



Hindenburgstraße umbenennen

Wer Hindenburg wählt – hilft Hitler!

(Wahlzettel der KPD zur Reichspräsidentenwahl 1932)

Hindenburgplatz umbenannt! Wo? In Hamburg? Nein, in Münster! Im Stadtrat hatte im März 2012 eine fraktionsübergreifende Mehrheit die Umbenennung beschlossen. Einen Hindenburgplatz gibt es ja nicht in Hamburg, aber eine Hindenburgstraße! Sollte hier nicht auch eine solche ‚fraktionsübergreifende Mehrheit‘ gegen Hindenburg möglich sein?

Eigentlich ist mir das, was in den beiden Lexikon-Texten steht, zu wenig, zu ungenau, zu beschönigend.

Er wurde zum „populärsten deutschen Heerführer“. Wer oder was hat ihn so populär gemacht? Die Millionen Toten an der Ost- und an der Westfront? Ihre Angehörigen? Die Zeitungen der Zeit?

Als „Kandidat der Rechten“ wurde er 1925 zum Reichspräsidenten gewählt. Und 1932? Da war er für die SPD das kleinere Übel. Der Kommunist Ernst Thälmann war für sie schlimmer. Die KPD hatte gesagt: „Wer Hindenburg wählt - wählt Hitler! Wer Hitler wählt – wählt den Krieg! Die Kommunisten haben recht behalten.“

Er ernannte Hitler „trotz schwerer Bedenken“ 1933 zum Reichskanzler. Worin bestanden die Bedenken? War dem adligen Generalfeldmarschall der Gefreite Hitler nicht fein genug?

Er setzte der Nazi-Diktatur keinen „nennenswerten Widerstand“ entgegen. Aber ein ganz kleines bisschen Widerstand leistete er doch? Wie?

In den 1980er Jahren gab es eine Initiative der DKP Alsterdorf, die Hin-

denburgstraße in Rosa-Luxemburg-Straße umzubenennen. Diese Initiative hatte damals leider keinen Erfolg. Jetzt haben die Grünen aus Hamburg-Nord vorgeschlagen, die Hindenburgstraße nach einem Opfer der NS-Militärjustiz, nach Kurt Elvers zu benennen. Diesen Vorschlag finden wir gut.



Kurt Elvers wurde 1919 in Hamburg geboren. Nach einer Schlosserlehre wird er 1939 zur Wehrmacht eingezogen. Zuerst wird er in Frankreich, später in Polen und in der Sowjetunion eingesetzt. Nach Verwundung und Krankheit beginnt er, vermittelt von seiner Kompanie, im Mai 1944 ein Kunststudium in Bremen. Gegenüber Kommilitonen äußert er, er wolle nicht den ‚Heldentod‘ sterben. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 soll er gesagt haben: „Schade, dass es nicht geklappt hat, sonst hätten wir jetzt Frieden.“ Ein Kommilitone denunziert ihn bei der Gestapo. Im Oktober 1944 wird er in Verden von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Gnadengesuche seines Vaters und einiger Professoren werden abgelehnt. Am 20. Februar 1945 wird er im Alter von 25 Jahren in Hamburg am Höltigbaum erschossen. ij

Hindenburg wer war das eigentlich? Zwei Sichtweisen

„Hindenburg, Paul von Beneckendorff u. von H. *1847 † 1934, dt. Offizier (1914 Generalfeldmarschall) u. Politiker; schlug 1914 die Russen bei Tannenberg u. an den Masur.Seen und wurde zum populärsten dt. Heerführer. 1916 wurde er Chef des Generalstabs des Feldheers, d.h. faktisch Oberbefehlshaber aller dt. Truppen. Er bildete mit E. Ludendorff die sog. 3. Oberste Heeresleitung, die diktatorisch in die Reichspolitik eingriff. 1919 legte er vor dem Abschluss des Versailler Vertrags den Oberbefehl nieder.“

1925 wurde er als Kandidat der Rechten zum Reichs-Präs. gewählt, 1932 wiedergewählt. Nach dem Scheitern der ‚Präsidialkabinette‘ Papen u. Schleicher ernannte er trotz schwerer Bedenken Hitler zum Reichskanzler. Der Errichtung der nat.-soz. Diktatur setzte er keinen nennenswerten Widerstand entgegen.“

wissen.de Lexikon, Wissen Media Verlag, Gütersloh/München 2003, vormals Bertelsmann Lexikon Verlag

„Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von, 2.10.1847 – 2.8.1934, Generalfeldmarschall; 1916/18 Chef der Obersten Heeresleitung, bekämpfte 1918/19 im Bündnis mit rechten SPD-Führern die Novemberrevolution; 1925 und 1932 Wahl zum Reichspräsidenten, förderte in dieser Funktion das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus, unterstützte den Faschisierungsprozess und ernannte am 30.1.1933 A. Hitler zum Reichskanzler.“

BI-Universallexikon, Leipzig 1986

tarpenbek - links

Zeitung der Wohngebietsgruppe Groß Borstel-Eppendorf-Alsterdorf der DKP
V.i.S.d.P.: Olaf Harms, DKP Hamburg, Lindenallee 72, Magda-Thürey-Zentrum, 20259 Hamburg,
Tel.: 480 49 00 , www.dkp-hamburg-nord.de , email: info@dkp-hamburg-nord.de

Nächster Treff: 6.Dezember 2012,

20 Uhr, Thälmann Gedenkstätte, Tarpenbekstraße 66,
Thema:

Diskussion zum 20. Parteitag der DKP 2013

